

Familiennachzug rollt wieder verstärkt

SICHERHEIT

statt Masseneinwanderung



Seit dem 1. August rollt wieder verstärkt der Familiennachzug nach Deutschland. In dem neuen Gesetz geht es nur um die Gruppe der sogenannten subsidiär Schutzberechtigten. Wer in seiner Heimat politisch verfolgt wurde oder nach der Genfer Konvention als Flüchtling anerkannt ist, darf ohnehin seine Familie nachholen. Genau das wird in der aktuellen Diskussion gerne ausgeblendet. Dabei ist es egal, ob der betreffende Asylbewerber für den Unterhalt der Nachzügler selbst aufkommen kann. „Subsidiären Schutz“ erhält, wer zwar nicht verfolgt wird, bei einer Rückkehr ins Herkunftsland aber trotzdem in Gefahr sein könnte, etwa weil dort Krieg herrscht. Erwachsene können Ehepartner und Kinder zu sich holen. Auch die Eltern unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber erhalten Visa. Für den Familiennachzug zu den Eltern ist entscheidend, dass bereits vor dem Erreichen der Volljährigkeit ein formloser Antrag bei einer deutschen Botschaft oder einem Konsulat gestellt wurde.

Pro Monat werden 1000 Angehörige nach Deutschland kommen dürfen. Aktuell gibt es bereits 34 000 Terminanfragen von Antragstellern bei den deutschen Auslandsvertretungen. Allerdings stammen viele Anfragen aus dem Herbst 2016. Nicht alle Personen, die sich damals um ein Visum zum Familiennachzug beworben hatten, dürften daher noch Interesse haben, weil sie bereits selber oder durch Schlepper nach Deutschland gekommen sind. Fakt ist aber, dass durch den Nachzug natürlich weiterer Nachzug entstehen wird und die bisherige Einwanderung zusätzlich beflügelt. Auch wird der Familiennachzug einen zusätzlichen Kostenanstieg für Bund, Länder und Kommunen herbeiführen und damit für den Steuerzahler.

30 % mehr Obdachlose alleine in NRW

Immer mehr Menschen haben kein eigenes Dach über dem Kopf. Besonders betroffen ist das einwohnerstärkste Bundesland NRW. Weil viele Städte und Kommunen in den vergangenen Jahren mit der Unterbringung von Asylbewerbern überfordert waren und sind, wurde auf Notunterkünften für Obdachlose zurückgegriffen. Genau dieser Platz fehlte dann heimischen Obdachlosen.

Alleine in NRW ist die Zahl erneut stark gestiegen. Zum 30. 06.17 waren dort knapp 32.300 Personen wohnungslos gemeldet. Das sind fast 30 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, wie aus der aktuellen Jahresstatistik hervor, die das NRW-Sozialministerium jetzt dem Düsseldorfer Landtag zugestellt hat. Bereits von 2015 auf 2016 hatte die Zahl der Wohnungslosen um fast 15 Prozent zugenommen. Der hohe Anstieg sei nach Angaben der Kommunen vor allem auf die behelfsmäßige Unterbringung vieler anerkannter Asylbewerber in Notunterkünften zurückzuführen. Wegen der angespannten Wohnungsmärkte fänden Städte und Gemeinden nicht sofort geeignete Räume. Leidtragende der grenzenlosen Zuwanderung sind hier die heimischen Obdachlosen.

Terrorgefahr durch Kinder von Islamisten

Der Bundesverfassungsschutz warnt vor Kinder von Islamisten. Sie bergen „ein nicht unerhebliches Gefährdungspotenzial“ in sich. Es gebe Anzeichen für eine „schnellere, frühere und wahrscheinlichere Radikalisierung von Minderjährigen und jungen Erwachsenen“. Im Dezember hatte Verfassungsschutz-Präsident Maaßen bereits vor heimkehrenden Frauen und Kindern von Kämpfern der Terrormiliz IS gewarnt, die von ihren Männern und Vätern in Syrien oder im Irak zurück nach Deutschland geschickt werden. In NRW wird daher erwogen, nach dem Vorbild Bayerns die Altersgrenze von 14 Jahren für die Überwachung durch den Verfassungsschutz fallenzulassen, weil bei entsprechend geprägten Kindern die Hemmschwelle zur Gewalt niedriger liegen soll. Insgesamt lässt sich aus Sicht der Republikaner feststellen, dass erst die Möglichkeit in Deutschland überhaupt zu verweilen zur Gefährdung geführt hat. Was jetzt als kosmetische Maßnahmen folgt, hätte bei einer Einreiseverweigerung verhindert werden können. Zudem müssen endlich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um Islamisten zeitnah aus Deutschland abzuschieben.

REP gegen Förderung von Extremisten

In vielen Städten finden Konzerte statt, die die Bezeichnung "Rock gegen Rechts" tragen. Dabei handelt es sich aber nicht nur um bloße Veranstaltungen von linksverwirrten Gutmenschen, sondern teilweise beteiligen sich knallharte Linksextremisten. Besonders abenteuerlich wird es aber, wenn diese Veranstaltungen von Kommunen finanziell unterstützt werden und es bekannt ist, dass sich Teilnehmer auf den Konzerten befinden, die mit Ständen usw. für ihre extremistischen Vereinigungen sorgen. So positionieren sich die Düsseldorfer Republikaner seit Jahren bereits gegen das besagte Konzert und zeigen deutlich auf, welche Chaoten sich unter den mitwerbenden Teilnehmern befinden. Die Auflistung bietet einen kleinen Ritt quer durch den Verfassungsschutzbericht: DKP, VVN-BdA, Rote Hilfe e.V. und die Linksjugend.

Kampagne "Mut zum Wechsel" läuft weiter

Vor wenigen Wochen fiel der Startschuss unserer Kampagne "Mut zum Wechsel". Inzwischen wurden hierauf auch mehrere Medienvertreter aufmerksam und wollten von unserer Partei wissen, warum ehem. Mitglieder und Funktionäre der Afd zu den Republikanern übertreten ist. Die Beweggründe sind dabei unterschiedlich, aber das Interesse reißt nicht ab. Quer durch unser Land erreichten uns Anfragen und Anträge von aktiven und ehemaligen Mitgliedern der Alternative für Deutschland. In vielen lokalen Gesprächen werden zudem Vorbereitungen getroffen, die den Weg ins unsere Partei ebnen. In Stellungnahmen auf Facebook erklärten bereits neue Mitglieder unserer Partei, warum sie den Weg zu uns gewählt haben. Die Zukunft wird sicherlich interessant und es zeigt sich, dass neben der Afd noch Platz für eine sozialpatriotische Partei ist.

Öffnungszeiten in den Sommerferien

Wer viel arbeitet, der darf sich auch einmal erholen. Aus diesem Grund ist unsere Geschäftsstelle vom **07. bis 17.8.2018** geschlossen. Emails werden trotzdem bearbeitet, jedoch mit leichten zeitlichen Verzögerungen. Gleiches gilt für die Bearbeitung von Mitgliedsanträgen. Wir danken für Ihr Verständnis und sind in 10 Tagen gestärkt wieder für Sie da.

So soll der Pflegenotstand behoben werden

Der Pflegenotstand in Deutschland ist kein neues Problem. Zehntausende Stellen sind unbesetzt und die Gründe hierfür sind offensichtlich: Mangelnde Wertschätzung, niedriges Einkommen, erhebliche Überbelastung. Da verwundert es nicht, dass viele motivierte Altenpfleger resignieren und den Dienst quittieren und Nachwuchs kaum zu finden ist. Selbst mit Einstiegsbonus will sich kaum jemand diesen Job zumuten. Glaubt man der Bundesregierung, dann soll alles besser werden. Bis zu 13.000 neue Stellen sollen bundesweit entstehen. Diese Stellen sollen dadurch besetzt werden, dass eine höhere, bessere Bezahlung und auch die Tarifbindung im Gespräch ist. Betreiber von Pflegeheimen sollen z.B. ihre Überschüsse einsetzen, um bessere Löhne zu bezahlen. Wie realistisch das ist, dürfte jedem wirtschaftlich denkenden Menschen klar sein. Daher gibt es auch Option Nr. 2: Der Einsatz von Zuwanderern. Für die benötigten Pflegekräfte werde man „auch im Ausland suchen müssen“, teilte Spahn bereits mit. Besonders im Visier sind dabei "Fachkräfte" etwa aus Albanien und dem Kosovo. Diese sollen über die schnellere Vergabe von Visa und Anerkennung ihrer Qualifikationen an die Pflegefront. Im vergangenen Jahr arbeiteten bereits 128.000 Ausländer sozialversicherungspflichtig als Alten- und Krankenpfleger. 300.000 sollen nach Schätzungen illegal Beschäftigt sein und in privaten Wohnungen arbeiten.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer.

Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**



Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, z.B. am 26.08, um 10.00 Uhr, in Wiesental. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep-nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.